

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

Jeder merkt, daß die gleichgeschaltete faschistische Parteiendiktatur aller Farben knallhart am Kampf um die besten Plätze am Futtertrog ist.

Natürlich sind dabei die großen Parteien führend, nicht zuletzt weil sie die meisten Gelder zur Verfügung haben. Die meisten Gelder, die aber nicht wie es eigentlich sein müßte aus den Mitgliedsbeiträgen herauskommen, sondern über Steuern, äh, falsch, die Brud ist ja kein Staat, über Schutzgeld. Das Schutzgeld, was vormals das Eigentum der Bewohner des Bundesgebietes war. Jetzt zu sagen, daß Eigentum eigentlich verpflichtet, wäre wieder die alte Leier, die die Pflichtverletzung der Schutzgeldzahler aufzeigt. Die Höchstgrenze der Parteienfinanzierung liegt bei ca. 150 Mio. € im Jahr, wobei es darauf ankommt wie viele Mitglieder diese Partei zusammenbringt und welcher sonstige Umsatz erwirtschaftet wird. Ha, klingt ja fast wie bei einer Firma. Aber auch die Fraktionen werden mit Schutzgeld geschmiert und letztendlich werden die parteinahen Stiftungen (NGOs) mit Schutzgeld von ca. einer halben Milliarde pro Jahr aus dem Schutzgeld bedacht. Dazu kommen dann je nach Wunscherfüllung, die die Parteien den Lobbyverbänden erbracht haben, Parteispenden. Vielleicht kann manch einer dabei noch an Kohl und den Verkauf von Leuna an die Franzosen zurückdenken. Ist das eine Schweinerei? Nein, das ist alles durch das Parteiengesetz gedeckt und zwar mit § 18. Und sollte es einmal zu Schwierigkeiten kommen, dann sind die Parteien nach § 37 desselben Gesetzes nicht haftbar und deshalb wurde die damalige Parteispendenaffäre nicht der CDU, sondern dem pfälzischen Saumagen angelastet, der diese dann mit Bravour ausgesessen hat.

Und dann fragt der Journalist Herr Uli Gellermann ([Artikel in Rationalgalerie](#)) ob die SPD ihre Kanzlerrochade für intelligent hält. Der Begriff Rochade stammt vom Schach, wobei in einem Spieles einmal erlaubt ist, auf der Grundlinie den Standpunkt des Königs mit dem der Dame zu wechseln.

Ja, auf welcher Grundlinie stehen denn diese Figuren? Mitnichten auf der des rechtsungültigen Grundgesetzes, da dieses nach Artikel 28 und 38 unmittelbare Wahlen vorschreibt. Listen- oder anders genannt Verhältniswahlen sind aber mittelbare Wahlen und das bügelt ein sog. Direktkandidat auch nicht aus, da wenn dieser einer Partei angehört, die die 5 % -Hürde nicht übersteigt, nicht in das Parlament kommt; und wenn er gegen einen anderen Direktkandidaten unterliegt aufgrund seines Listenplatzes eins trotz allem einzieht. Und die Listenplätze werden nicht von den Wählern vergeben, sondern von der Partei für entsprechenden Gehorsam gegenüber den Lobbyverbänden. Und dann führt Herr Gellermann aus, daß diese Figuren einerseits schon immer dafür waren und andererseits nie dagegen waren. Das spricht doch ganz klar der Sabine hinter der Gardine, wenn sie weil unten die Füße rausschauen, entdeckt wird, beim Hervortreten aus den Gedanken. Einfacher gesagt, wendehalsmäßig immer schön das Mäntelchen in den rechten Wind gehängt; und mit dem Mantel vor Augen statt fest über den Schultern übersieht man natürlich den einen oder anderen braunen Haufen auf dem Schachbrett, in den man dann hineintritt.

Ja, auch die Legende, daß der Kanzlerkandidat durch die Mitglieder der SPD oder wenigstens von einem Gremium aufgestellt wird, zeigt Herr Gellermann auf. Und nochmal ja, Legenden gibt es derer seit Gründung der SPD, denn noch nie hat die SPD auch nur annähernd eines ihrer Parteiprogramme erfüllt. Dazu empfehle ich das Wissen aus „Was ist gut für Deutschland [Teil 1](#) und [Teil 2](#). Das aber ist nicht nur der SPD anhaftend, sondern allen anderen ebenfalls. Auch eine **Rechenschaft** über evtl. Erreichtes kann dann natürlich nicht abgegeben werden, da man ja

ansonsten sich selbst bloßstellen würde und die Wähler gar und überhaupt nicht mehr zur Wahl gehen würden. Und genau deshalb, weil man das Wahlvieh benötigt um zumindest den Schein aufrechtzuerhalten, bedarf es immer wieder neuer Parteien, was man derzeit an der Zerstörung der NPD und den Aufbau der AfD sehen kann. Wenn die große Mehrheit der AfD-Anhänger einmal deren Programm anschauen würde, würden sie mit Grausen davonlaufen.

Auch der neue Hallstein, der Dorfschulz, der aus Brüssel kam um den neuen Kanzler zu geben, regt sich über die AfD auf. Die AfD meint er, wäre eine Schande für die Bundesrepublik. Tjawohl, und mit dieser Schande ist die AfD selbst eine Schande für die Deutschen, denn so meint der Dorfschulz, daß wer den Mainstream angreift und ihn Lügenpresse nennt, der wolle ein anderes Land. Nein, mitnichten kein anderes Land, sondern in diesem Land muß ein Rechtsstaat mit einer Verfassung und einem Friedensvertrag des deutschen Staates mit den Vereinten Nationen errichtet werden. Die Namensgebung dieses neuen deutschen Staates steht ganz allein dem Staatsvolk zu. Bis dahin ist aber nun einmal der bestehende deutsche Staat das Deutsche Reich und nicht die AfD und schon gleich gar nicht die Weimarer Republik in den Grenzen von 1937. Und dann meint der Dorfschulz, daß es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem blinden Nationalismus gekommen ist. Jawohl, Meister Dorfschulz, dieser Nationalismus führte mit der SPD in den ersten Weltkrieg; er führte mit der SPD in die Weimarer Republik, die nichts mit dem Deutschen Reich zutun hatte, da diese „Republik“ keinen Souverän hatte, sondern von den Vasallen der Ententemächte gesteuert wurde. Gesteuert in den Nationalzionismus der Hitlerfaschisten; dessen Ermächtigungsprogramm das Zentrum, die heutige CDU/CSU und die Liberalen zustimmten und die SPD sich im Zuge dessen ohne Gegenwehr aus dem Reichstag selbst zurückzog. Wohin der verbrecherische Hitlerfaschismus geführt hat, ist zumindest noch vielen älteren Deutschen bewußt. Und unsere Ahnen schworen deswegen -Nie wieder Krieg! Doch das Leut Hallstein als dessen Nachfolger ich den Dorfschulz bezeichne, hat begonnen ein neues Reich der Finanzmächtigen in Europa aufzubauen. Und genau aus der Schaltzentrale des neuen Reichs, aus Brüssel, kommt nun der Dorfschulz mit dem Wissen, wie man eine Präsidentschaft in Hinterzimmern entscheidet und diese Entscheidung dann zum Schein von einem völkerrechtswidrigen europäischen Parlament bestätigen läßt. Da will doch der Dorfschulz Gerechtigkeit und Vertrauen im Bundestagswahlkampf zu den Hauptthemen machen. Und da ist er genauso dafür wie das Merkelka nicht dagegen. So heißt es: „*Und dann kann es [das Merkelka] natürlich um Zuversicht und Vertrauen in die Volksbeherrschung aufrufen, was natürlich aber nicht für eine wirkliche Mitmenschlichkeit spricht.*“

Die hart arbeitenden Menschen sollen im Mittelpunkt stehen, die die sich an die Regeln halten und die die den Laden am Laufen halten. Jawohl, knallhart sagt er es da, die sich an die rechtsbeugenden Regeln halten und dafür hart arbeiten und das nicht nur im Bundestag, sondern in allen Verwaltungen, angefangen von den 3 x G-Richtern bis hinunter in das kleinste Amtsgericht, die letztendlich allesamt Ausnahmegerichte sind wegen fehlenden öffentlich rechtlichen Hintergrunds, sprich eine fehlende Verfassung, die das deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt in kraft gesetzt hat. So wie es in der verlogenen neuen Präambel zum Grundgesetz seit 1990 geschrieben steht. Selbst das würde gegen Artikel 101 GG zwecks der verbotenen Ausnahmegerichte verstoßen. Da aber das GG rechtsungültig ist und nur de facto angewendet wird, wenn es gerade einmal paßt, steht hier nach wie vor die Proklamation Nr. 3 des Alliierten Kontrollrats und der Menschenrechtspakt über bürgerliche und politische Rechte in dem in Artikel 14 klar und deutlich auf ein zuständiges gesetzliches Gericht verwiesen wird. Es fehlt den bundesdeutschen Gerichten nun einmal rechtsgültige Verfassungen, die die Grundlage für ein gesetzliches Gericht wären.

Aber auch das Parteiengesetz samt seinem § 37 verstößt gegen das GG zwecks der Gleichheit vor dem Gesetz Artikel 3, nicht nur weil dieses Gesetz durch Parteien gemacht wurde, die nach Auffassung des 3 x G durch ein rechtlich nichtiges Wahlgesetz an die Macht kamen.

Dieses selbst nach Bundesrecht rechtswidrige Parlament hebt dann gemeinsam mit dem Bundesrat (der des gleichen Mangels unterliegt) die höchsten Richter in ihre Stellungen, die sich dann „unabhängig“ nennen.

Jawohl, unabhängig vom Volkswillen, jedoch auf Gedeih und Verderb dem Regime verpflichtet, auf daß sie ihre gutgefüllten Futtertröge nicht verlassen müssen. Und dann kommt es soweit, daß eine Ausnahmerichterin [Leut Hohmann-Dennhardt](#) (SPD-Mitglied) von 1999 bis 2011 am 3 x G dient, war dann 4 Jahre bei Daimler um dann gütewillig ohne Abfindung zu VW zu wechseln, wo sie für und jetzt bitte nicht lachen [für Recht und Integrität zuständig](#) war. Wahrscheinlich mit dem Wissen im Hinterkopf, daß sie dann nach einem Jahr 12 Millionen Abfindung bekommt. Und mit diesem Wissen, wie man belohnt wird der Lobby zu dienen, wäre der heutige 3 x G-Chef Leut Voßkuhle, rabiät blöd, wenn er sich als billiger Grüßaugust verdingen würde.

Wer hinter die Kulissen schauen kann, der wird sehen, daß weder das Volk noch die höchsten Richter, noch sonst irgendeiner, der früher in der BRD oder DDR an der Macht war, die ganze Wende- Chose geschaukelt hat. Das waren die sog. [„wichtigen Männer!“](#) (heimatlose Zionisten).

Der jetzige Grüßaugust, ehemaliger Pfaffe aus der DDR, der sein Mäntelchen 1990 in den Wind gehängt hat, danach die Stasi-Unterlagen verwaltete, hat natürlich die Stelle des Grüßaugust mit Handkuß angenommen und sie jetzt nach 5 Jahren abgestoßen, weil er ab sofort trotz allem ein Salär von 200000 E uros im Jahr aus dem Schutzgeld der Bewohner des Bundesgebietes einheimst. Für ihn war die Sache sehr lukrativ, wenn man schaut woher er kam und was er eigentlich hatte. Fünf Jahre hat er die Deutschen in der Welt verunglimpft und die zahlen ihm dafür dann ein solches Salär. Auch der Gauckler redet immer wieder von Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und Vertrauen und tritt in [so manchen braunen Haufen](#), der gut plaziert gelegen hat.

Ganz im Gegenteil dazu das Merkela, die latscht nicht nur rein in die braunen Haufen, sondern [greift mit Wonne mitten in diesen hinein](#). Am 30.01.2017 war der Putschist Poposchenko beim Merkela in der Villa Kohn zu Besuch und läutselig reichte sie ihm die Hand. Was aber war geschehen, daß Poposchenko plötzlich blitzartig zurück in seine Ukraine verschwand? Es haben dort die privaten Streitkräfte gegen jegliches Protokoll des Minsker Abkommen wieder Gefechte entfacht. Das aber allein war noch nicht der Grund. Es verlautete im Mainstream, daß es ca. 10 Tote gab, darunter zwei Zivilisten. Was aber war wirklich geschehen? Indirekt hat die Kiewer Führung den Angriff ihrerseits bestätigt und jeden Schritt für heldenhaft erklärt. Daß sie aber einen Verlust [von mindestens 78 Menschenleben](#) ihrer privaten Streitkräfte und ebenso vielen Verletzten hinnehmen mußten, es also ein Fiasko für die Kiewer Putschisten darstellte, das hat Poposchenko zurückgeschleudert und er hat Schwierigkeiten mit diesem Fiasko die weitere Unterstützung des USI zu erhalten.

Wenn man dann noch nachsieht was den ach so „ehrenwerten“ Spekulanten Soros in der letzten Zeit geschehen ist, daß er Milliardenbeträge, die er gegen Trump gewettet, verloren hat und dann noch sieht, daß seine Spekulation zum Fracking von Erdgas in der Ukraine ebenfalls unterging, und der Anbau von genmanipuliertem Soja und Mais, die unbedingt Monsanto braucht, ebenfalls in Schwierigkeiten geraten ist, dann dürfte man erkennen, daß dieser Poposchenko samt seiner Clique nicht nur reingetreten ist, sondern mittendrin sitzt in der Sch,..., äh braunen Haufen.

Und das Merkela hat nicht die Größe eines „Nationalzionisten eines Nazis“ um die Sache in die richtige Reihe zu bringen. Eines aber haben sie allesamt miteinander den absoluten Willen gegen das Rechtsstaatsprinzip zu verstoßen. Dessen Erklärung man auf einer [bundesdeutschen Seite](#) finden kann. Und da heißt es folgeschwer: **„Rechtsstaatlichkeit bedeutet *Ausübung staatlicher Macht auf der Grundlage von verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen mit dem Ziel der Gewährungsleistung von Freiheit, Gerechtigkeit und Rechtssicherheit*“**

Das aber kann nur ein Staat, der dem Rechtsstaatsprinzip verpflichtet ist, was der BRD im vollkommenen Maße abgesprochen werden kann. Warum aber gibt es die BRD heute noch, worauf führte dies zurück?

Da schauen wir doch einmal in die gute Seite „[Friedensforschung](#)“. Dort steht folgend: *“ Die Hohe Kommission der drei Westmächte forderte am 23. Oktober 1950 die Bundesregierung schriftlich auf, formell die Haftung für die Auslandsschulden des früheren Deutschen Reichs zu übernehmen. Dem Schreiben war der Entwurf einer entsprechenden Schuldenerklärung der Bundesrepublik beigelegt. Änderungen am Wortlaut seien nicht erwünscht. “*

Und weiter heißt es da: *„Es ging darum, die Begleichung der öffentlichen Verbindlichkeiten des »Reichs«, auch der privaten Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit, zu regeln; darüber hinaus um die Rückzahlung der nach dem Krieg in die Westzonen und Bundesrepublik geflossenen Kredite sowie um den Ausgleich für die Aufwendungen Dänemarks bei der zeitweiligen Aufnahme von deutschen Flüchtlingen nach Kriegsende.“*

Und noch einmal weiter: *„Durch die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 mussten verfallene Zahlungen endgültig geregelt werden. Dazu gehörte der gesamte Komplex der Kriegsschäden und möglicher Reparationen, der jedoch durch Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages ad acta gelegt wurde.“*

Daraus wird klar ersichtlich, daß das neue Gebilde nach dem 3.10.1990 weiter BRD heißen mußte und kein Staat sein durfte. Es durfte nicht die DDR sein, weil diese mit dem Schuldenabkommen der drei Westmächte mit der BRD nichts zu tun hatte. Es durfte aber auch nicht der eigentliche deutsche Staat sein, da auch dieser mit dem Schuldenabkommen nichts zu tun hat.

Und was obendrauf noch erfolgt sind, daß die Reparationen eben nicht ad acta gelegt wurden, da der 2+4 Vertrag samt dem Einigungsvertrag rechtlich nicht in Kraft getreten sind. Erst [2010 wurde öffentlich, daß der 2+4 Vertrag eigentlich kein Friedensvertrag ist](#), jedoch spätestens seit 2013 mit der Beweisführung war es dann Tatsache, der [der 2+4 Vertrag und der Einigungsvertrag nicht in kraft](#) getreten sind. Da diese Tatsache aber von den BRD-erischen Ausnahmegerichten nicht widerlegt werden kann, wird sie als absurder irriger Unsinn abgetan. Außerdem kann man ja wenn die Deutschen wieder einen souveränen Staat hätten, das ganze Flüchtlingschaos nicht mehr in eine [große Einnahmequelle mit Zins und Zinseszins verwandeln](#) und deshalb ist es schlimm, daß die Russische Föderation im Nahen Osten Frieden schafft; was aber den Westen nicht abhält neue Flüchtlingsströme aus Afrika zu schaffen, dazu aber das nächste Mal mehr.

Es bleibt nun den Bewohnern des Bundesgebietes und wenn es unter diesen noch Deutsche geben sollte, ihre oberste Menschenpflicht –die selbstbewußte Eigenverantwortung- aufzunehmen um die Notwendigkeit der Errichtung eines Rechtsstaates auf deutschem Grund und Boden Rechnung zu tragen.

Olaf Thomas Opelt

Staatsrechtlicher Bürger der DDR

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

bundvfd.de